

Gewalt gegen Einsatzkräfte

In einem Positionspapier nimmt die Gewerkschaft ver.di zu der zunehmenden Gewalt gegen Personal und Sachgegenstände von Einsatzkräften Stellung:

Hannover, (Nds). Gewalt gegen Einsatzkräfte ist zwar kein neues Phänomen, hat aber in den vergangenen Jahren eine völlig neue Dimension angenommen. Was früher bei Einsätzen von Feuerwehr und Rettungsdienst fast undenkbar war, ist heute an der Tagesordnung: Einsatzkräfte erleben Gewalt in jeder Ausprägung! Die Fachgruppe Feuerwehr der Gewerkschaft ver.di hat jetzt zu diesem Thema ein Positionspapier erstellt, das für die Einsatzkräfte vor Ort eine Hilfe sein soll und gleichzeitig ihre Einstellung zu diesem Problembereich deutlich gemacht.

Zu den häufigsten „Risikofaktoren“ für Einsatzkräfte gehören:

- „Amtliche“ Inspektionen, Kontrollen und die Wahrnehmung von insbesondere Feuerwehrleuten, aber auch Rettungsdienstmitarbeitern als Vertreter der Staatsgewalt
- Kontakt mit bestimmten Personen, z. B. Patienten mit einer Anamnese, die Gewalt oder bestimmte Krankheiten aufweist
- Einsätze in einem gewaltbereiten Umfeld
- Personen unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen

Die Ursachen, warum jetzt immer häufiger Einsatzkräfte von Feuerwehren und Rettungsdiensten körperlicher oder psychischer Gewalt ausgesetzt sind, sind vielschichtig. Hierzu gehören sicher veränderte soziale Strukturen in unserer Gesellschaft mit sinkender Hemmschwelle und verstärkter Bereitschaft zu Gewalt bis hin zur Brutalität. Hinzu kommt, dass die Repräsentanten von Organisationen und der Staatsgewalt nicht mehr uneingeschränkt geachtet und respektiert werden. Bei Rettungseinsätzen spielt auch eine Rolle, dass viele potentielle Patienten und ihr Umfeld unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen stehen. Die Zahl der Einsatzkräfte, die bisher noch keinem körperlichen Angriff oder keiner Bedrohung ausgesetzt waren, liegt aktuell bei knapp unter 10 %, eine Zahl, die betroffen macht. Aggression und Gewalt gegen Einsatzkräfte muss – neben der strafrechtlichen Bewertung – auch gesellschaftlich geächtet werden.



Die Broschüre enthält 29 Seiten und ist über den Herausgeber Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di Bundesverwaltung Arno Dick, Bundesfachgruppenleiter www.feuerwehr.verdi.de, erhältlich.

Die Fachgruppe Feuerwehr der Gewerkschaft ver.di ist der Auffassung, dass die Tätigkeit der Feuerwehr unter allen Umständen auf den eigenen Zuständigkeits- und Aufgabenbereich beschränkt bleiben muss, eine Übernahme von Polizeiaufgaben, auch zum Eigenschutz, lehnt sie strikt ab. Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdienst können nur dann durchgeführt werden, wenn die Sicherheit der Einsatzkräfte, gegebenenfalls durch den Einsatz von Polizeikräften, gewährleistet ist.

„Eine aktive oder defensive Aufrüstung durch Pfefferspray, Schutzwesten, Kampftraining, usw. lehnen wir ab, da sie eine falsche Sicherheit suggeriert und die Gefahr durch Aggressionssignale für die Helfer steigern kann. Die gesellschaftliche Stellung der Einsatzkräfte als „Helfer“ darf nicht gefährdet werden. Allerdings halten wir es durchaus für geboten, spezielle Trainings zur Abwehr von Attacken in engen geschlossenen Räumen, z. B. in Rettungswagen, zu entwickeln und anzubieten.“

Wir fordern:

- Vorgesetzte und Dienststellen müssen die Kolleginnen und Kollegen bei Anzeigen gegen Gewalttäter vorbehaltlos unterstützen.
- Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen Gewalttaten und Beleidigungen gegen Einsatzkräfte zügig verfolgen und konsequent ahnden.
- Regelmäßige Aus- und Weiterbildung zur Erhöhung der Sozial- und Konfliktkompetenz der Einsatzkräfte
- Psychologische Unterstützung der Einsatzkräfte, die Opfer von tätlichen Angriffen geworden sind.
- Regelungen zur Übernahme von nicht durchsetzbaren Schmerzensgeldansprüchen durch die Dienstherren in allen Bundesländern.
- Die Verantwortlichen bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten und in den Kommunen müssen die notwendigen Maßnahmen kurzfristig umsetzen und die hierfür erforderlichen Ressourcen für die notwendigen Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen bereitstellen. Diese Maßnahmen dürfen nicht, wie so oft, wegen Personal- und Zeitmangel auf der Strecke bleiben.

Text: Mario Kraatz ver.di Bundesfachgruppe Feuerwehr



Vortrag von Martin Jakubeit, Leiter Fachbereich "F", Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg zum Thema „Gewalt gegen Helferinnen und Helfer“ im 3. Symposium der Stiftung Hilfe für Helfer und des Deutschen Feuerwehrverbandes 2016

THEMENINFO

Bilanz der Gewalt in Niedersachsen

Aus der Statistik des Landeskriminalamtes 2016 geht hervor, dass im Jahr 155 Einsatzkräfte der Feuerwehren und Hilfsorganisationen tätlich angegriffen wurden. Im Vergleich zu den Zahlen vor fünf Jahren, ist sind die Angriff um ca. 1/3 im Jahr 2016 angestiegen. Auch die Sicherheitskräfte haben eine Steigerung der Gewalttaten gegen sich verzeichnen müssen, man hat hier eine Steigerung um über 100% in den letzten fünf Jahren registrieren müssen.

(Statistik durch NDR veröffentlicht)

Das Land Niedersachsen hat über den Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur härteren Bestrafung eingebracht, der jetzt vom Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) eingebracht wurde.

(siehe auch Feuerwehr Journal-Portal vom 09.02.17 unter Ausbildung)

Bereits im Jahre 2010 auf der INTERSCHUTZ und 2012 auf der RETTMobil wurde das Thema öffentlich gemacht.

So wurde in dem Vortrag auf der Interschutz bereits festgestellt, dass Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze häufig Extremereignisse für alle Beteiligten sind. „Diese Notfälle werden in der Regel auch als psychische Ausnahmesituationen erlebt. Sie sind für die Betroffenen, für die Angehörigen, die Zeugen und oft auch für Einsatzkräfte mit psychischem Stress verbunden. Die Stressreaktion steigert unter bestimmten Umständen die Bereitschaft, aggressiv und gewalttätig zu reagieren.“ ... es wurde von einer „neuen Qualität“ in der Gewalt gegen Retter berichtet.* Im verstärkten Maße nehmen aber auch Gewalttaten unter Alkohol und Drogen zu, was den Feuerwehren und Rettungskräften Probleme bereitet.

Besonders im Rettungseinsatz müssen die Helfer in den Intimbereich des zu Rettenden eintauchen, um tätig zu werden. In dieser Situation sind sie dem Zugriff der Gewalttat relativ machtlos ausgeliefert. Hier werden auch Strafandrohungen durch Gesetzesverschärfungen nicht wesentlich helfen. Spontane Reaktionen und Reaktionen aus dem Eigenschutzbedürfnis des zu Rettenden sind weitgehend unkontrollierbare und wenig vorhersehbare Aktionen.

Die Berliner Feuerwehr hatte zum Eigenschutz Lehrgänge entwickelt, die ein Deeskalationstraining und verbales Konfliktmanagement aber auch Techniken und Taktiken für den Selbstschutz enthielten. Man konnte hier auf die langjährige Erfahrung der Polizei im Bereich „Eigensicherung“ zurück greifen.

Im Jahre 2012 bot die RETTMobil zu diesem Thema ein Workshop an. Auch 2017 wird es wieder einen Workshop mit dem Titel „Erkennen von Vorkampfanzeichen als Frühwarnsystem von körperlicher Gewalt“ von der Akademie für Gewaltprävention geben.